

Bad Schwalbach, den 30.08.2024

Niederschrift

Gremium	Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss
Sitzungsnummer	22/XI. Wahlperiode
Datum	Freitag, 30. August 2024
Sitzungsbeginn	09:00 Uhr
Sitzungsende	10:31 Uhr
Ort	KA-Sitzungszimmer

Teilnehmer:

Vorsitzender

Herr Christian Herfurth	
-------------------------	--

Stellv. Vorsitzender

Herr Matthias Bremser	
-----------------------	--

Mitglied

Herr Daniel Bauer	
Herr Felix Bleuel	
Herr Jan Kraus	
Herr Georg A. Mahr	
Herr Volker Mosler	
Herr Markus Oberndörfer	
Herr Joachim Reimann	

Erster Kreisbeigeordneter

Herr Klaus-Peter Willsch MdB	
------------------------------	--

Fraktionslose Abgeordnete der Partei DIE LINKE

Herr Benno Pörtner	
--------------------	--

Stellv. Mitglied

Frau Miriam Deppe	
Herr Jürgen Helbing	
Herr Karl Mayer	
Frau Wendy Penk	
Herr Marius Schäfer	

entschuldigt

Herr René-Alexander Beuschel	
Herr Lars Christ	
Herr Klaus Gagel MdL	
Herr Günter Linke	
Frau Annette Reineke-Westphal	
Herr Rainer Scholl	
Herr Sandro Zehner	

Schriftführer

Herr Harald Rubel	
-------------------	--

Verwaltung

Herr Michael Heil	
Herr Christian Rossel	

Gäste

Herr Christian Kessner	
------------------------	--

Öffentliche Tagesordnungspunkte:

Ausschussvorsitzender Herfurth eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Mitglieder des HWFD und den Ersten KB Willsch in Vertretung von Landrat Zehner.

Ausschussvorsitzender Herfurth stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt den nachgerückten Abg. Kessner aus der AFD-Fraktion. Zur Tagesordnung gibt es keine Wünsche.

TOP 1.	DS	Genehmigung der Niederschrift des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss vom 13. Juni 2024
---------------	-----------	--

Abstimmungsergebnis: **einstimmig genehmigt**

TOP 2.	DS XI/1162	Personalbedarf Vorbeugender Brandschutz
---------------	-------------------	--

Abg. Mosler berichtet von den Beratungen zu TOP 2 und 3 im UMTK. Fragen des Abg. Oberndörfer werden durch den Ersten KB Willsch und den Kreisbrandinspektor Rossel beantwortet.

TOP 2 und 3 werden jeweils in getrennten Abstimmungen gem. UMTK einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Die Inhalte der Personalbedarfsberechnung des Vorbeugenden Brandschutzes werden zur Kenntnis genommen.
2. Angesichts des Fachkräftemangels wird der Kreisausschuss ermächtigt, mit der Ausschreibung der benötigten Stellen zu beginnen.

TOP 3.	DS XI/1163	Zwischenergebnis Organisationsuntersuchung Zentrale Leitstelle
---------------	-------------------	---

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Die Inhalte des Zwischenergebnisses der Organisationsuntersuchung der Zentralen Leitstelle des Rheingau-Taunus-Kreises werden zur Kenntnis genommen.
2. Angesichts des Fachkräftemangels wird der Kreisausschuss ermächtigt, mit der Ausschreibung der benötigten Stellen zu beginnen.

TOP 4. DS XI/1155 Bau und Betrieb einer Bioabfallvergärungsanlage mit der Landeshauptstadt Wiesbaden; Umsetzung des Grundsatzbeschlusses des Kreistages vom 01. November 2022; XI/570; Bau und Betrieb einer Bioabfallvergärungsanlage in Wiesbaden

Abg. Mosler berichtet von den Beratungen im UMTK. Betriebsleiter Petri beantwortet ausführlich Fragen der Abg. Pörtner und Kessner.

Zur im Kreisausschuss formulierten Frage teilt Herr Petri folgenden Änderungsvorschlag zu § 15 Abs. 9 des Gesellschaftervertrages mit:

„An der Gesellschafterversammlung nehmen in beratender Funktion teil:

1. Die Geschäftsführung, soweit die Gesellschafterversammlung im Einzelfall nicht etwas anderes bestimmt,
2. Eine vom Kreisausschuss des Rheingau-Taunus-Kreises benannte Person, soweit der Kreisausschuss von dieser Möglichkeit Gebrauch macht;
3. Eine vom Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden benannte Person, soweit der Magistrat von dieser Möglichkeit Gebrauch macht.

Die Gesellschafterversammlung kann weitere Personen zu einzelnen Punkten der Tagesordnung hinzuziehen.“

Die Änderung wird bei 1 Enthaltung einstimmig beschlossen.

Ausschussvorsitzender Herfurth lässt sodann über die Vorlage insgesamt mit der beschlossenen Änderung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen bei 1 Enthaltung**

Beschluss:

Der Kreisausschuss, der Ausschuss für Umwelt, Mobilität, Tourismus und Kultur sowie der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss stimmen dem Beschlussvorschlag zu und empfehlen dem Kreistag, den folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Betriebsleitung des Eigenbetrieb Abfallwirtschaft wird ermächtigt, den beigefügten Entwurf einer Kooperationsvereinbarung zur Regelung der gemeinsamen Bioabfallentsorgung mit der Landeshauptstadt Wiesbaden abzuschließen.
2. Dem beigefügten Entwurf eines Gesellschaftsvertrages der neu zu gründenden Gesellschaft „B2P Bio2Power GmbH“ wird zugestimmt.

3. Die Betriebsleitung des Eigenbetrieb Abfallwirtschaft wird ermächtigt, auf Grundlage des Gesellschaftsvertrages die Gründung der „B2P Bio2Power GmbH“ mit einer 50%igen Beteiligung des Rheingau-Taunus-Kreises zu vollziehen. Diese Ermächtigung schließt etwaige erforderliche redaktionelle Änderungen des Vertragswerks im Rahmen der notariellen Beurkundung ein. Die Betriebsleitung wird beauftragt, spätestens sechs Wochen vor Gründung der neuen Gesellschaft diese dem Regierungspräsidium Darmstadt gem. § 127a HGO anzuzeigen.

4. Der Vermögensgegenstand wird dem kreiseigenen Sondervermögen Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Rheingau-Taunus-Kreis zugewiesen. Die Stammeinlage zur Gesellschaftsgründung in Höhe von Euro 25.000,00 wird durch das Sondervermögen Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Rheingau-Taunus-Kreis eingebracht.

5. Die Betriebsleitung des Eigenbetrieb Abfallwirtschaft wird ermächtigt, die 4. Änderung der Zweckvereinbarung über die Entsorgung von Abfällen zwischen dem Rhein-Lahn- Kreis und dem Rheingau-Taunus-Kreis gemeinsam mit der Werkleitung der Rhein-Lahn- Kreis Abfallwirtschaft abzustimmen, die erforderlichen aufsichtsbehördlichen Genehmigungen einzuholen und diese abzuschließen. Der Bioabfall aus dem Rhein-Lahn-Kreis wird ab dem 01.01.2029 dem Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Rheingau-Taunus-Kreis angedient und in der Bioabfallvergärungsanlage in Wiesbaden verwertet. Für die neu zu fassenden Regelungen der Entgelte für die Bioabfallbehandlung sind dem Rhein-Lahn-Kreis die gleichen wirtschaftlichen Konditionen wie den Gesellschaftern zu gewähren. Im Gegenzug wird die Vereinbarung der Annahme der Restabfallmengen aus dem Rheingau- Taunus-Kreis bereits jetzt über den 31.12.2028 hinaus bis zum Ende der Deponielaufzeit in Singhofen verlängert.

6. Sollte sich aufgrund veränderter Rahmenbedingungen die Realisierung der Anlage aus Wirtschaftlichkeitsgründen nicht mehr darstellen lassen, ist die Gesellschaft aufzulösen.

TOP 5. DS XI/1142 Vorläufiges Rechnungsergebnis des Jahres 2023

Fragen des Abg. Bremser werden durch Ersten KB Willsch, den Abg. Kraus und den Ausschussvorsitzenden Herfurth beantwortet.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 6. DS XI/1144 Große Anfrage 03/24 „Die Linke Rheingau-Taunus im Kreistag“ zum Thema Bau neuer Sozialwohnungen.

Abg. Pörtner bittet um Einladung des Geschäftsführers der KWB, Herrn Joest in den HFWD, möglichst zur kommenden Sitzung, mit einer Vorstellung von Fördermöglichkeiten der Kommunen und des Landes Hessen. Abg. Pörtner bittet um Vertagung.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

TOP 7. DS XI/1149 Kreditneuaufnahme in Höhe von 10 Mio. € aus Kreditermächtigung 2023

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 8. DS XI/1151 Trägerbericht für 2023 Nassauische Sparkasse ("NASPA")

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 9. DS XI/1157 Kontrolle der Beschlüsse des Kreistags vom 27.02.2024 - 17.06.2024

Abg. Mosler bittet die Verwaltung um Klärung der Frage, ob der Kreistag nicht vor einigen Jahren die Aufstellung von Willkommensschildern an der Kreisgrenze beschlossen habe und wie der Stand der Umsetzung ist. Ersten KB Willsch sichert eine Klärung zu.

Von der Vorlage wird ansonsten Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 10. DS XI/1160 Berichterstattung Plan-Ist-Vergleich zum 30.06.2024

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreistag nimmt die Berichterstattung der Plan-Ist-Zahlen zur Haushaltssituation des Rheingau-Taunus-Kreises per 30.06.2024 zur Kenntnis.

TOP 11. DS XI/1127 Frauenförderplan der Kreisverwaltung des Rheingau-Taunus-Kreises für den Zeitraum von 2024 bis 2029

Abg. Penk berichtet von den Beratungen im JSG. Eine Frage des Abg. Mayer wird durch den Ersten KB Willsch und den Abg. Mahr beantwortet.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen bei 1 Enthaltung**

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Frauenförderplan der Kreisverwaltung des Rheingau-Taunus-Kreises für die Jahre 2024 bis 2029 zur Kenntnis.

Der Kreisausschuss stimmt dem Frauenförderplan zu und legt ihn dem Kreistag zur Beschlussfassung vor.

TOP 12. DS XI/1143 Wahl von 2 Mitgliedern des Personalrats in die Betriebskommission des EAW

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreistag wählt die seitens des Personalrats vorgeschlagenen Personen als Mitglieder und Stellvertretung in die Betriebskommission des EAW:

	Mitglied:	Stellvertretung:
1.)	Frau Corinna Dämmrich	Frau Zeynep Yildiz
2.)	Herr Ralf Eckel	Herr Mathias Jakob

TOP 13. DS XI/1159 Vereinbarung einer interkommunalen Zusammenarbeit zur Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Hinweisgeberschutzgesetz

Vor Beginn der Beratung verlassen der Ausschussvorsitzende Herfurth und die Abg. Kraus und Reimann den Sitzungssaal. Abg. Bremser übernimmt die Sitzungsleitung.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Mosler, Bleuel, Oberndörfer und Erster KB Willsch.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen bei 3 Enthaltungen**

Beschluss:

Dem Kreistag wird

1. die Einrichtung einer gemeinsamen internen Meldestelle beim Rheingau-Taunus-Kreis im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) mit der Gemeinde Hünstetten sowie den Städten Idstein und Taunusstein und
2. der Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung gemäß Anlage

empfohlen.

TOP 14. DS XI/1084 Resolution für ein flächendeckendes Filial- und Servicenetz der Nassauischen Sparkasse im Rheingau-Taunus-Kreis; hier: Antrag Nr. 05/24 der SPD-Fraktion vom 03. April 2024

Ausschussvorsitzender Herfurth übernimmt wieder die Sitzungsleitung. Die Abg. Kraus und Reimann kehren ebenfalls in den Sitzungssaal zurück.

An der kurzen Aussprache zum TOP beteiligen sich die Abg. Bauer, Bremser und Reimann. Der Antrag wird sodann bei

4 JA-Stimmen und
Enthaltungen vom Rest des HFWD
einstimmig

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreistag Rheingau-Taunus möge beschließen:

1. Der Kreistag betont die essenzielle Bedeutung der Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger im Rheingau-Taunus-Kreis. Dies gilt auch und insbesondere für den Zugang zu Bargeldversorgung oder weiteren geldwirtschaftlichen Leistungen und damit der Möglichkeit, sich mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs zu versorgen.
2. Der Kreistag unterstreicht seine am 9. Dezember 2021 bezogene Position, dass es Anstrengungen zum Erhalt der flächendeckender Filial- und Servicestrukturen bedarf. Darüber hinaus stellt der Kreistag fest, dass zurzeit keine flächendeckende und grundlegende Filial- und Servicestruktur im Rheingau-Taunus gegeben ist. Diese fehlende Flächenversorgung basiert auf der Schließungsentscheidung bezüglich der Filial- und Servicestruktur durch die Nassauischen Sparkasse (Naspa) zum 1. April 2022.

3. Die Vertreter aus dem Rheingau-Taunus-Kreis werden aufgefordert, sich im Verbandsvorstand, der Trägerversammlung und im Verwaltungsrat dafür einzusetzen, dass die Naspa den flächendeckenden Zugang zur Filial- und Servicestruktur für die Mitbürgerinnen und Mitbürger des Rheingau-Taunus-Kreises, insbesondere in Waldems, erhält, bzw. wiederherstellt.
4. Der Kreistag fordert darüber hinaus die Landesregierung dazu auf, das Landessparkassengesetz zu novellieren. Ziel einer Novellierung muss die Neuausrichtung der Sparkassen im Sinne des öffentlichen Interesses sein. Hierfür soll insbesondere das Landessparkassengesetz im Hinblick auf eine Mindestanzahl sowie auch die Verteilung von Filialen und Bankautomaten angepasst werden (ähnlich zum Prinzip der Post-Universaldienstleistungsverordnung).

TOP 15. DS XI/1167 Implementierung eines Mitarbeiterverzeichnisses auf der Homepage der Kreisverwaltung; hier: Antrag Nr. 13/24 der SPD-Fraktion vom 04. Juli 2024, eingegangen am 06. August 2024

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Bauer, Mosler, Bremser, Deppe, Oberndörfer, Reimann Mahr, Mayer, Bleuel, Schäfer und Erster KB Willsch.

Der Antrag wird sodann bei

5 JA-Stimmen
5 NEIN-Stimmen und
4 Enthaltungen bei Stimmengleichheit

abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: **bei Stimmengleichheit abgelehnt**

TOP 16. DS XI/1170 Erlass einer Informationsfreiheitsatzung für den Rheingau-Taunus-Kreis; hier: Antrag Nr. 16/24 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29. Juli 2024, eingegangen am 07. August 2024

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Deppe, Mayer, Bremser, Schäfer, Kraus, Bleuel, Reimann, Mosler und Erster KB Willsch.

Abg. Bleuel bittet abschließend die Verwaltung darum, Erfahrungsberichte aus verschiedenen Landkreisen und Städten einzuholen und diese dem Kreistag vorzulegen. Bis dahin bittet er um Zurückstellung des Antrages. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

TOP 17. DS XI/1171 Resolutionsantrag: Investition statt Subvention - Ende der Subventionierung des 49 Euro Tickets; hier: Antrag Nr. 17/24 der CDU-Fraktion vom 06. August 2024

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Mosler mit Bericht aus dem UMTK und Mahr.

Ausschussvorsitzender Herfurth lässt über die zustimmende Beschlussempfehlung des UMTK abstimmen. Diese wird bei

6 JA-Stimmen
7 NEIN-Stimmen und
1 Enthaltung
mehrheitlich

abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

TOP 18. DS XI/1135 Bericht des Portfolio-Beirates zum Zins- und Kreditmanagement

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 19. DS TO der KT-Sitzung am 03. September 2024

Die Empfehlungen zur Tagesordnung sind in der **Anlage 1 zur Niederschrift** dokumentiert.

Abg. Mosler spricht die eingereichten Dringlichkeitsanträge an. Vom Abg. Mahr wird appelliert, eine gemeinsame Formulierung des Kreistages zur Sperrung der Stillgewässer am Rhein zu finden.

Zum Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Ausschussvorsitzender Herfurth schließt die Sitzung um 10.31 Uhr und dankt für die konstruktive Mitarbeit.

Bad Schwalbach, 30. August 2024

(Christian Herfurth)
Ausschussvorsitzender

(Harald Rubel)
Schriftführer